

## Wahlprüfstein Allianz Deutscher Designer e.V.

Ihre Frage	Unsere Antwort
<p>BGE</p> <p>Werden Sie sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) einsetzen? Wenn ja: In welcher Höhe und mit welchen Modifikationen? Wie wollen Sie es finanzieren? Falls nein: Aus welchen Gründen nicht? Welche Ihrer Forderungen kommen einem BGE am nächsten?</p>	<p>Durch den technologischen Wandel wird uns die Arbeit nicht ausgehen, sie wird sich nur stark und immer schneller verändern. Unsere Antwort darauf ist das „Recht auf Arbeit“. Das bedeutet, dass sich die Solidargemeinschaft dazu verpflichtet, sich um jeden Einzelnen zu kümmern und Jedem Arbeit und Teilhabe zu ermöglichen – statt sich durch ein bedingungsloses Grundeinkommen von dieser Verantwortung freizukaufen. Wir teilen das Anliegen, Einkommenssicherheit im Lebensverlauf und mehr Zeitsouveränität zu schaffen. Doch das bedingungslose Grundeinkommen wird den Bedürfnissen der meisten nicht gerecht. Aus dem „Recht auf Arbeit“ hingegen leitet sich für den Einzelnen eine Vielzahl von konkreten Ansprüchen ab, die zu seiner jeweiligen Lebenssituation passen. Das „Recht auf Arbeit“ macht es uns zur wichtigsten Aufgabe, Arbeit aufzuwerten. Faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen bleiben aus unserer Sicht auch in Zukunft der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben.</p>
<p>Sicherheit in der Krise</p> <p>Die über 3 Millionen Selbständigen im Land wollen sich trotz der Krise auch weiter unternehmerisch engagieren. Damit dieses lohnend bleibt, müssen sich die Rahmenbedingungen verbessern. Was wollen Sie für diese wachsende Gruppe von Erwerbstätigen tun?</p>	<p>Selbstständige sind sehr wichtig für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Wirtschaftsstandorts. Um mehr Unternehmensgründungen anzuregen, setzen wir auf eine One-Stop-Agentur für Gründer:innen, auf einen erleichterten Zugang zu Kapital durch Projektförderung und durch einen öffentlichen Fonds für Wagniskapital. Außerdem muss im Insolvenzrecht eine „Kultur der zweiten Chance“ etabliert werden. Existenzgründungen von Frauen und in der</p>

	<p>Fläche wollen wir durch eigene Programme gezielt fördern.</p> <p>Die Selbstständigkeit im Handwerk wollen wir dadurch weiter fördern, dass Gebühren für Techniker:innen- und Meister:innernkurse abgeschafft werden.</p>
<p>Sicherheit in der Krise</p>	
<p>Die Krise zeigt, wie verletzlich die Kunst- und Kulturszene ist, trotz ihrer gesellschaftlichen Bedeutung. Wie wollen Sie Kunst und Kultur auch in Zukunft unterstützen und, besser noch: schützen?</p>	<p>Durch Corona wurden die Schwächen und Lücken im sozialen System für viele schmerzhaft deutlich. Keine oder nur eine unzureichende soziale und wirtschaftliche Absicherung brachte viele Kultur- und Medienschaaffende an den Rand ihrer Existenz. Die SPD will daher ein beitragsfinanziertes Sicherungsgeld bei Einkommenslosigkeit für alle Soloselbständigen einführen. Gerade Selbständige in Kunst und Kultur sind mit Auftragsakquise, schöpferischer Tätigkeit und umfangreichen Vor- und Nachbereitungen immer aktiv. Sie werden nur bei Geschäftsaufgabe arbeitslos. Wenn, dann können sie aber zeitweilig unverschuldet einkommenslos werden. Deswegen passt eine bloße Erweiterung der Arbeitslosenversicherung hier nicht. Wir schaffen eine solidarische Absicherung durch die Bundesagentur für Arbeit, die den Besonderheiten selbständiger Arbeit gerecht wird und einen Rechtsanspruch auf vergleichbare Leistungen wie in der Arbeitslosenversicherung gewährt. Für selbständige Künstlerinnen und Künstler sollen die Versicherung und die Beitragserhebung über die KSK erfolgen.</p>
<p>Ausschreibungen</p>	
<p>Ausschreibungen von Designleistungen, gerade die der öffentlichen Hand, sind immer noch</p>	<p>Die öffentliche Hand muss mit Blick auf gute Löhne und fairen Arbeitsbedingungen vorangehen. Wir wollen, dass öffentliche</p>

<p>gekennzeichnet von viel zu niedrigen Honoraren und der Forderung, mit Abgabe des Angebotes kostenlose Entwürfe, die zentrale Leistung von Designer:innen, einzureichen. Wie werden Sie das nachhaltig ändern?</p>	<p>Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die nach Tarif bezahlen. Dazu schaffen wir ein Bundestariftreuegesetz. Entsprechend müssen wir uns auch mit der Frage befassen, wie wir gute Standards auch bei der Auftragsvergabe an (Solo-)Selbständige gewährleisten können und freuen uns, mit Ihnen darüber ins Gespräch zu kommen.</p>
<p><b>Digitalisierung</b></p> <p>Das letzte Jahr hat verdeutlicht, dass Deutschland im internationalen Vergleich immer noch ein digitales Entwicklungsland ist. Darunter leiden u.a. Wirtschaft und Bildung. Zukunftsfähigkeit und Lebensqualität in Deutschland stehen auf dem Spiel. Wie wollen Sie diese Rückständigkeit beseitigen?</p>	<p>Die Covid-19-Pandemie hat die Chancen, aber auch die Defizite der Digitalisierung offengelegt, insbesondere bei der digitalen Infrastruktur, der digitalen Bildung und der digitalen Verwaltung. Voraussetzung ist eine flächendeckende, leistungsfähige und sichere digitale Infrastruktur. Wir haben in dieser Legislaturperiode 12 Mrd. Euro investiert und wichtige Weichenstellungen und Zwischenschritte beim Aufbau von Gigabitnetzen und den Aufbau von flächendeckenden Mobilfunknetzen erreichen können. In den 2020er Jahren muss Deutschland zur "Gigabit-Gesellschaft" werden. Um dieses Versprechen einzuhalten, werden wir die Ausbauförderung fortsetzen und die Versorgung aller Haushalte und Unternehmen mit einer Bandbreite von mindestens einem Gigabit pro Sekunde garantieren – durch konkrete, gesetzlich festgelegte Ausbau- und Versorgungsverpflichtungen und entsprechende Zwischenziele. Hier stehen auch die Netzbetreiber in der Verantwortung.</p> <p>Unser Ziel ist ein moderner, bürgernaher Staat, der allen Bürger:innen einen einfachen, digitalen Zugang zu seinen Dienstleistungen bietet. Wir werden daher die Verpflichtung von Bund, Ländern und Kommunen zur Bereitstellung digitaler Verwaltungsdienstleistungen ausbauen, damit alle Verwaltungsleistungen</p>

	<p>möglichst schnell auch digital verfügbar sind.</p> <p>Wir verfolgen das Ziel, dass alle Schulen in Deutschland erstklassig ausgestattet sind. Jedem/r Schüler*in muss ein digitales Endgerät und Zugang zum Internet zur Verfügung stehen. Mit dem DigitalPakt Schule und dem Konjunkturpaket haben Bund und Länder bereits einen großen Schritt zu einer digitalen Lehrmittelfreiheit getan. Wir werden hier weiter investieren und ein Modernisierungsprogramm des Bundes aufsetzen, das sowohl den Sanierungsbedarf der Schulgebäude als auch die digitale Ausstattung umfasst.</p>
KSK	
<p>Die Künstlersozialkasse erlaubt geringe, nicht-kreative Einnahmen. Wer in Krisen andere Einnahmen braucht, wer seine Wertschöpfung mit Kleinserien, Modekollektionen u.Ä. erhöhen will, fliegt aus der KSK. Unternehmerischer Erfolg wird so behindert. Was wollen Sie gegen diese Hindernisse unternehmen?</p>	<p>Der SPD ist die soziale Absicherung von Künstler:innen und Publizist:innen ein besonderes Anliegen und wir haben deshalb in der Corona-Pandemie verschiedene Maßnahmen ergriffen, damit Versicherte der KSK Unterstützung erhalten. Damit der besondere Schutz der Künstlersozialversicherung in der Corona-Krise bei Einnahmen nicht-künstlerischer Tätigkeiten bestehen bleibt, haben wir die Verdienstgrenze vorübergehend bis zum Jahresende 2022 auf 1.300 Euro im Monat deutlich erhöht.</p> <p>Die Corona-Krise hat uns deutlicher denn je vor Augen geführt, wie schnell man ohne eigenes Zutun in Not gerät und wie schnell Rücklagen aufgebraucht sind. Wir werden darum Solo-Selbständige, darunter sind auch die vielen KSK-Versicherten, in den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung besser absichern.</p>
Freiberufliche Fotografen	
<p>Fotografen können als Freiberufler (Design, Kunst) oder Gewerbe (Handwerk) arbeiten. Doch die Kammern entscheiden - verbunden mit</p>	<p>Bei der Selbstständigkeit von Fotografen kommt es in der Tat auf die konkrete Tätigkeit an. Sollte ein Fotograf klassische Auftragsfotografie anbieten (z.B.</p>

<p>lebenslanger Zwangsmitgliedschaft. Ein Wechsel ist nicht möglich - ein Berufsverbot für freiberufliche Fotografen. Was werden Sie gegen diese Ungerechtigkeit unternehmen?</p>	<p>Hochzeiten, Geburtstage), ist die Registrierung bei der Handwerkskammer notwendig. Daneben besteht die Möglichkeit als freiberuflicher Fotograf tätig zu werden, z.B. als Werbefotograf:in oder im journalistischen Bereich für Zeitungen oder Zeitschriften, beziehungsweise als Künstler:in. Über die Einstufung wird im konkreten Einzelfall entschieden. Sollte ein Fotograf ungewollt in der Handwerkskammer registriert worden sein, kann er sich bei der Rechts- und Fachaufsicht der jeweiligen Kammer beschweren. Diese sind auf Ebene der Länder angesiedelt. Bisläng hatten wir keine Hinweise darauf, dass hier ein Missstand besteht - wir prüfen das gerne näher.</p>
<p>Einzelunternehmer</p>	
<p>Einzelunternehmer können die Gewerbesteuer bis zum Hebesatz von 420 % auf die Einkommensteuer anrechnen. Gewerbliche Kreative haben so teilweise eine höhere Steuerlast gegenüber freiberuflichen Kollegen zu tragen. Welche Maßnahmen planen Sie, um hier eine steuerliche Gleichbehandlung herzustellen?</p>	<p>Wir werden die freien Berufe in die Gewerbesteuerpflicht einbeziehen und auf diese Weise eine Gleichbehandlung mit den Gewerbetreibenden herstellen. Dabei sollen die freien Berufe ihre Gewerbesteuerzahlungen auf die Einkommensteuer anrechnen können.</p>